

# Dresdener Volkszeitung

Verlagsredaktion: Dresden  
Sabon & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden.  
Bank der Arbeiter, Angehörigen  
und Beamten, R.-G., Dresden.  
Gebrüder Kumbak, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Abbruch von Schlangen (Kampfbilder) ist es durch oder ohne Einverständnis des Verlegers, hat bei Verzicht der Dresdener Verlagsredaktion keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis einschließlich Porto mit der täglichen Unterhaltungsbeilage: 20 Pf., wochentlich 1.10 Pf., Einzelnummer 10 Pf.  
Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 3361. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Schäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 3361 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Abzugspreis: Grundpreis: die 10 mm breite Monatsbeilage 35 Pf., die 90 mm breite Monatsbeilage 2.00 Pf., für auswärts: Auslagen 40 Pf. und 2.50 Pf. Domizilanzeigen, Stellen- und Verleihsanzeigen 40 Pf. Rabatt für Kleinverteilung 15 Pf.

Nr. 153

Dresden, Dienstag den 3. Juli 1928

39. Jahrg.

## Die Regierungserklärung

### Zwischen-Regierung?

Von Tony Sender, M. d. R.

Nachdem wir uns die politische Gesamtsituation Deutschlands klar, ehe wir an die Prüfung der Kampfmittel heranstellen:

In der vergangenen Legislaturperiode hatten wir mit einigen Unterbrechungen die Herrschaft des Besitzbürgerblocks. Die praktischen Wirkungen seiner egoistischen Klassenpolitik haben doch einen großen Teil der Wähler aufgerüttelt, ihrer Erbitterung gaben diese wirksam Ausdruck: Die Arbeiterparteien, insbesondere die Sozialdemokratie, hatten einen sehr starken Stimmen- und Mandatszuwachs zu verzeichnen.

Die beiden Arbeiterparteien zusammen errangen rund 42 Prozent der Mandate — die Macht der proletarischen Klasse rückte näher an die der bürgerlichen heran. Und treffend sagt darum die Wiener Arbeiterzeitung:

„Die deutsche Arbeiterklasse ist schon zu stark, als daß die Bourgeoisie sie auf die Dauer regieren kann.“

Nach dem 20. Mai sind die Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Reichstage so, daß die bisher regierenden bürgerlichen Parteien über keine Majorität mehr verfügen und eine rein bürgerliche Regierung nur möglich gewesen wäre unter Einfluß der Volksliste oder der Demofraten. Eine praktische Möglichkeit zu solcher Mehrheitsbildung besteht aber zur Zeit noch nicht. Und man kann sich die Frage vorlegen: Ist es im Interesse des Sozialismus gelegen, die bürgerlichen Parteien zu einem einseitigen Block zusammenzuschließen zu helfen, ehe es noch gelungen ist, die Einheitsfront des Proletariats herzustellen?

Der starke Wahlsieg verpflichtete zur Initiative und Führung. Die Sozialdemokratie erklärte sich dazu bereit. Führung mußte aber bedeuten: eine ungewöhnliche völlige Kurschwankung herbeiführen. Nur unter diesem Gesichtspunkt konnte die Führung in der Regierung den Sinn haben, den die Wähler gemeint. Nur auf diese Weise kann es gelingen, das wachsende Vertrauen des arbeitenden Volkes zu gewinnen. Wenn wir auch zu stark geworden sind, um nur durch die Propagierung unserer Idee unsere Anhänger befriedigen zu können, wenn diese mit Recht erwarten, daß wir ihr Vertrauen durch unsere Politik und durch Erfolge für das Proletariat innerhalb der bestehenden Ordnung rechtfertigen, um so den Umsturz der Gesellschaftsordnung vorzubereiten — sie wollen in keinem Falle die Erfolge durch Distanzierung der Idee herbeigeführt wissen!

So stand man denn vor einer äußerst schwierigen Aufgabe, als man in die Verhandlungen über die Regierungsbildung mit den Parteien der Großen Koalition eintrat. Die Art der Verhandlungsführung wurde kritisiert, die Presse beanstandete, daß so lange über das Regierungsprogramm verhandelt worden sei, dazu ist vom Gesichtspunkt der Partei aus zu bemerken: Man mag über die Art der Verhandlungsführung anderer Ansicht gewesen sein, aber in keinem Falle durfte darauf Verzicht geleistet werden. Klarheit über die wichtigsten politischen Fragen der nächsten Zeit zu schaffen. Der Versuch hierzu offenbarte, daß die Annäherung, mit der die Deutsche Volkspartei austrat, in schroffem Widerspruch zu ihrem Wahlmehrfach stand. Sollte sie etwa damit gerechnet, daß die Sozialdemokratie in ihrem Wunsch, die Regierung zu bilden, schon nachgeben würde, daß sie die Volkspartei, ob ihrer Unentbehrlichkeit schroff sein könnte? So hatte sie sich geirrt — die sozialistische Fraktion beugte sich ihr nicht.

Das Kabinett Hermann Müller kam nunmehr als das „Kabinett der Persönlichkeiten“ zur Welt, indem die Deutsche Volkspartei Stresemann und Curtius den Eintritt ins Kabinett erlaubte und das Zentrum den Abgeordneten Gumbert in die Regierung delegierte. Eine Bindung der Parteien ist nicht erfolgt, das Regierungsprogramm wird nunmehr zunächst Gegenstand des Ringens innerhalb des Kabinetts sein.

Wenn auch eine Bindung der Parteien nicht vorliegt, so müssen wir doch an die sozialistischen Minister das Verlangen stellen, daß sie in der Regierung nur verbleiben dürfen, wenn es ihnen gelingt, den wichtigsten Forderungen des Proletariats baldige Verwirklichung zu sichern. Heute sei, als die wichtigsten dieser Forderungen, verwiesen auf die notwendige Abschaffung der Lohnsteuer, auf die bedingungslose Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, auf die Amnestie, auf die Bereitstellung von Mitteln für den Wohnungsbau und eine Veränderung des Kurzes der Wirtschaftspolitik.

Von einigen Parteigenossen wurde erklärt, daß diese Regierung ein Kabinett von Dauer sein müsse. Wir halten solche Einstellung für illusionär und gefährlich. Die Vorgänge vor der Regierungsbildung sollten doch anflüßend gewirkt haben. Offenbart sie doch, daß das Ringen der Klassen erbittert ist. Wohl fühlt sich die Bourgeoisie durch den wachsenden Einfluß des Sozialismus bedroht, doch hat sie starkes Machtbewußtsein, das zu Konflikten führen muß. Und das muß allen bemerkt sein: Söber als die

8. Berlin, 3. Juli. (Eig. Drahtb.) Der Reichstag hat heute das Bild eines großen Tages. Der Plenarsaal und die Tribünen waren voll besetzt. Sofort nach der Eröffnung erhielt der Reichskanzler das Wort zur Verlesung der Regierungserklärung. Er stellte fest, daß die Reichsregierung entschlossen sei, auf dem Wege des sozialen und politischen Fortschritts weiterzuarbeiten, an dem das deutsche Volk sich am 20. Mai bekannt habe. Dann lehrte Herrmann Müller auf die Außenpolitik ein. In einigen vorsichtigen Sätzen nimmt er zunächst Bezug auf die Frage der Rheinlandräumung und stellt mit Bedauern fest, daß es nicht gelungen sei, in den wechselfollen Erörterungen über diese Frage zu einem positiven Ergebnis zu gelangen. Die nach aus der Kriegszeit bestehenden Schranken müssen aber endgültig niedergelegt werden, damit ein wirkliches Vertrauensverhältnis zwischen den Völkern möglich sei. Wörtlich fährt Müller fort: „Wir erwarten auf das bestimmte daß dieser Gesichtspunkt in gleichem Maße nunmehr auch von den an der Befragung beteiligten fremden Regierungen anerkannt wird. Wir erwarten auch, daß nun bei jedem von anderer Seite unternommenen Versuch, den Sachverhalt durch das unbedingte Hineinziehen anderer Probleme zu verwickeln, vergeblich bleiben wird.“ Der nächste Teil des Programms ist der

**Betätigung Deutschlands im Völkerbund**  
gewidmet. Die Abrüstungsfrage und der von Amerika vorgeschlagene Vorkriegsstand des Krieges finden Erwähnung. Deutschland würde, so erklärt Müller, auch weiterhin das Zeugnis tun, um diesen großzügigen amerikanischen Plan zu verwirklichen, der die Sicherung des Friedens auf die denkbar breiteste Grundlage stellt. Im gleichen Atemzuge fordert der Reichskanzler, daß jetzt endlich mit der Durchführung der allgemeinen Abrüstung ernst gemacht und ein sehnlichst gewünschter Punkt erfüllt wird. Auch die Reparationsfrage muß endlich einer endgültigen Lösung unterzogen werden. Dienen Ausführungen folgten Erörterungen über die

**Weltwirtschaft und die deutsche Handelspolitik**  
Herr Müller, daß der Staat endlich in die Vorteile, Trübsal und ähnlichen Formen unseres Wirtschaftslebens den bedeutenden erforderlichen Ueberblick und Einblick erhält, um sich ein Urteil über Art und Wirkung ihrer Betätigung bilden zu können. Außerdem findet die Lage im Rheinisch-Westfälischen Bergbau und die Wirtschaftslage des Mittelstandes Erwähnung. Mittelständlerischen Kreisen, die sich in Not befinden, will man Schutz und Förderung angeben lassen. Eine Handwerkerrevue soll in weitestgehendem Ausmaß den Wünschen des Handwerks gerecht werden. Auch der wirtschaftlichen Not in den besetzten Gebieten will die Reichsregierung weitestgehend Linderung angeben lassen. Das gleiche gilt von der Landwirtschaft, deren Not durch ein umfangreiches Programm behoben werden soll. Wörtlich heißt es dann in der Regierungserklärung:

„Gemeinsam mit den berufenen Stellen wird die Reichsregierung die Bestrebungen unterstützen, die Genossenschaften leistungsfähig zu erhalten und auszubauen, damit sie unbehindert ihren Aufgaben nachkommen können.“ Das Kapitel über die Sozialpolitik hat folgenden Wortlaut:

**Die Sozialpolitik der Nachkriegszeit ist eines der wichtigsten Probleme unserer inneren Politik.**  
Sie ist aber auch durch die internationale Sozialpolitik beeinflusst und wirkt überaus weit über die Grenzen unseres Landes hinaus. Die Reichsregierung beabsichtigt die Rationalisierung des Washing-

toner Abkommens über den Achtstundentag und wird in den internationalen Verhandlungen an der Vereinfachung der hinsichtlich der Revision dieses Abkommens zur Zeit bestehenden Ungewißheit und der der allgemeinen Rationalisierung entgegenstehenden Hindernisse mit allen Kräften mitarbeiten. Sie wird den vom Reichstag verabschiedeten Entwurf eines

**Arbeitschutzgesetzes**  
dem Reichstag alsbald vorlegen, ebenso den zu seiner Ergänzung erforderlichen Entwurf eines Vergarbeitsgesetzes. In diesen Gesetzen enthaltene Regelung der Arbeitszeit beruht auf der Grundlage des Achtstundentages, vermeidet wirtschaftliche Unmöglichkeiten und soziale Ungerechtigkeiten und entspricht dem Washingtoner Uebereinkommen. Von den übrigen im Entwurf des Arbeitschutzgesetzes behandelten Gebieten verlaßen besonders der sozialpolitische Schutz der Jugend und die Regelung der Arbeitsaufsicht größte Aufmerksamkeit. Die Reichsregierung hält eine gleichmäßige Tätigkeit unter einer mit den erforderlichen Befugnissen ausgestatteten sachlichen Zentralbehörde auch unter Beteiligung der Arbeitnehmer im Interesse eines wirksamen Arbeitsschutzes für unerlässlich.  
(Der Schluß der Programmrede folgt morgen.)

### Das Programm und der Reichstag

Der Sozialdemokrat schreibt:

Am Dienstag nachmittag wird der Reichskanzler mit seiner Regierungserklärung vor den Reichstag treten. Eine Regierungserklärung kann sich auf Feststellungen darüber beschränken, was in der allerersten Zeit geschehen ist und wie sich das Kabinett die Lösung dieser dringlichsten Probleme denkt. Sie kann aber auch den Rahmen weiter ziehen und den ganzen Kreis der Aufgaben umreißen, die sich eine Regierung stellt, die an eine längere Dauer ihres Bestehens glaubt. Dann wird die Erklärung zu einem Programm auf längere Sicht.

Herrmann Müller wird diesen zweiten Weg gehen. Er wird einen großen Teil der Punkte berühren, die schon bei den Vorverhandlungen der letzten Wochen eine Rolle gespielt haben, und darüber hinaus noch eine Reihe weiterer Themen ansprechen. Es werden die Fragen der auswärtigen Politik, der Sozialpolitik, der Landwirtschaft, des Mittelstandes, der Finanzen und der Steuern eine recht ausführliche Behandlung finden. Es wird gesprochen werden von der Reform der Staatsverwaltung, der Abänderung des Wahlsystems im Sinne einer Vereinfachung der Kreise unter Aufrechterhaltung des Verhältniswahrsystems. Es wird hingewiesen werden auf die Notwendigkeit der Verwaltungsreform. Die Verlegung des vom Reichstag verabschiedeten Gesetzesentwurfs über den Rationalisierungstag wird angekündigt. Der Wunsch nach Abschaffung der Todesstrafe wird zum Ausdruck gebracht. Schließlich wird auch mit der durch die Verhältnisse gebotenen Rücksicht ein mit den Grundgedanken der Verfassung im Einklang stehendes Schulgesetz in Aussicht gestellt, wobei sich freilich wohl alle Beteiligten darüber im klaren sind, daß es gute Weile haben wird, bis eine solche Vorlage an das Parlament gelangt.

Am Donnerstag wird vermutlich die erste Entscheidung über das Kabinett fallen. Die Regierung muß das Vertrauen des Reichstages haben. Ob sie dabei auf dem Wort „Vertrauen“ besteht oder ob sie sich mit einer Billigung ihrer Erklärung zufriedengibt, ist für die Praxis von verhältnismäßig untergeordnetem Belang. Wichtigung wie Vertrauen öffnen den Weg zur Aufnahme der eigentlichen Regierungstätigkeit. Davon wird dann abhängen, welche Stellung die Volksvertretung in ihrer Mehrheit den Käufern gegenüber einnimmt, die sich zur Führung der politischen Geschäfte des deutschen Volkes zusammengefunden haben.

**Sensationelle Erfindung**  
**Die Tropfenbahn**  
D. Berlin, 3. Juli. (Eig. Funkpruch.)  
Der Berliner Magistrat hat sich in der letzten Zeit wiederholt mit dem sensationellen Angebot eines deutschen Erfinders beschäftigt, der zunächst eine vollkommen neue Eisenbahnstrecke zwischen Berlin, Charlottenburg und Potsdam errichten will, die es den Berlinern ermöglichen soll, die etwa 30 Kilometer lange Strecke in fünf Minuten zurückzulegen. Das Projekt wäre schon Wirklichkeit geworden, wenn die 20 Millionen Mark, die der Bau der Strecke und des Waggomaterials erfordert, zur Verfügung länden. Ingenieur Krügerberger, der Direktor der Siemens- und Schuckertwerke, hat ein Beförderungsmittel erfunden, das eine Synthese (Einheitsverbindung) aus Eisenbahn, Luftschiff und Schwebbahn ist. Die Nachteile, die allen dreien einzeln anhängen, sind durch die Zusammenfassung ausgeschaltet. Von vornherein sei bemerkt, daß die neue Bahn mit der Schwebbahn Barmer-Elberfeld und den jetzt üblichen Schwebbahnen gar nichts gemeinsam hat, außer dem Prinzip des Schwebens. Die neue Erfindung kommt dem Luftschiff her. Die Betriebsanforderung des

### Die Lundberg-Gruppe aufgefunden?

rs. Ralmö, 3. Juli. (Eig. Drahtb.) Svenska Tagebladet meldet aus Moskau, daß der Eisbrecher Krassin die von Robie verlassene Lundberg-Gruppe aufgefunden habe. Das schwedische Komitee verteidigt jedoch die Ansicht, daß es sich nicht um die Lundberg-Gruppe, sondern um die Malmgreen-Gruppe handelt.